

flung nach einiger weiterer erhöhter Gebährensätze. Die Erhöhung hat einen Nachtrag zur Schlachtopferebene-Ordnung notwendig gemacht, der die neuen Gebährensätze enthält und bestimmt, daß diese sofort in Kraft treten. Herr Stadtd. Dug o hofft, daß es sich nur um eine Kriegsmahnahme handelt. Man werde sich mit ihr abfinden müssen, denn der Schlachtopferebene komme mit seinen Mitteln nicht mehr aus. Herr Stadtd. B e r g m a n n spricht in gleichem Sinne und verweist darauf, daß die Schlachtopferebene-Rechnung auf das Jahr 1917 mit einem Gebühretrag von 21000 Mk. abgeschlossen habe. Das Kollegium stimmte der Gebährensätze und dem Nachtrag zu.

3. Anschluß des nach dem Schlachtopferebene. Gegenstand einer Genehmigung, die das Ministerium des Innern der Fleischreinigung und dem hiesigen Viehhändlerverein wegen Benutzung des Gleisanschlusses der Firma Einhorn & Co. erteilt hat, ist dem Rat die Verpflichtung auferlegt worden, mit Rücksicht darauf, daß der Anschluß für den Schlachtopferebene erforderlich ist, den Anschluß bis längstens binnen drei Jahren herbeizuführen. Da auch der hiesige Konsumverein einen Gleisanschlus beabsichtigt, so sollen vom hiesigen Eisenbahnbaureisen beide Anschlüsse gemeinsam bearbeitet werden. Der Rat hat beschlossen, Herrn Ingenieur Bauer den Auftrag für die Bearbeitung eines Projektes für den Gleisanschlus zu erteilen. Die Kosten hierfür stellen sich auf 200 Mk. Das Kollegium stimmte der Vorlage einstimmig zu.

4. Am Schornstein des Schlachtopferebene machen sich einige Ausbesserungsarbeiten notwendig. Der Schornstein muß gerade gerichtet und zum Teil die Fugen ausgebessert werden. Die Arbeiten sollen der Firma Grube in Dresden übertragen werden. Das Kollegium stimmte zu.

5. Beihilfe an den Frauenverein. Der Frauenverein bittet in einer Eingabe um die Gewährung einer Sonderbeihilfe, die es ihm ermöglichen, noch tatkräftiger als bisher seine Tätigkeit in der Gemeinde auszuüben. Die Rat der Zeit stelle an ihn immer größere Anforderungen. Das Kollegium beschloß, die Beihilfssumme über diesen Punkt auszusprechen und den Verein um nähere Angaben über seine Vermögenslage zu ersuchen.

6. Erstellung von Wohnungen. Der Bauausschuß hat beschlossen, die der Stadt gehörigen Grundstücke Großenbäcker Straße 15 und 17 leer zu stellen und zum Abbruch zu bringen, da die Häuser zu baufällig sind, daß Gefahr für die Wohnungsinhaber besteht. Die dadurch wohnungslos werdenden Familien sollen in den von der Stadt gekauften Gebäuden der Gäßler Straße untergebracht werden, und zwar in dem sogenannten Delmborschen Hause und in dem großen Wohngebäude der Gäßler Straße. Die erforderlichen Arbeiten sollen schnellstens ausgeführt und hierzu ein Berechnungsgeld von 3000 Mk. bereitgestellt werden. Zur Beseitigung der dringenden Wohnungsnot soll außerdem der noch vorhandene Beseitigungsausschuß für Wohnungen ausgebaut und das Stadtbauamt mit der Ausarbeitung einer Planung hierzu beauftragt werden. Der Ritterschuldschuß und ebenso der Rat sind diesen Beschlüssen des Bauausschusses beizutreten. Herr Stadtd. K e r e r weist darauf hin, daß tatsächlich die weitere Bewohnbarkeit der Häuser Gäßler Straße und Gäßler Straße an der Großenbäcker Straße ausgeschlossen ist. Was die Erstellung von Schlafwohnungen betreffe, so seien in den Häusern der Gäßler Straße wirklich brauchbare Wohnungen zu beschaffen. Es solle zwar einige Tausend Mark, aber es sei etwas für die Dauer. Räume seien reichlich vorhanden. Durch Umbau des Beseitigungsausschusses würden vielleicht noch außerdem 12 Wohnungen geschaffen. Die Kosten hierfür seien jedenfalls nicht unbedeutend und auf 20 bis 30 000 Mk. zu veranschlagen. Dies dürfe uns aber nicht abhalten, die Wohnungen zu schaffen. Herr Bürgermeister Dr. S c h e i d e r bemerkt, wenn für die Erstellung der Wohnungen in den Häusern der Gäßler Straße 3000 Mk. benötigt würden, so sei dieser Plan doch auch vom finanziellen Gesichtspunkte aus unbedenklich. Für die Gebäude habe die Stadt seinerzeit 10 000 Mk. bezahlt, sodas sie nun nach Aufwendung der 3000 Mk. mit 13 000 Mk. zu Buche stehen würden. In dem Delmborschen Hause würden 8, in dem großen Gebäude 7 Wohnungen, insgesamt 10 Wohnungen eingerichtet werden können, sodas eine Verzinsung des Kapitals sich ergeben werde. Die Familien fänden in den Häusern eine ungleich bessere und gesündere Unterkunft. Der Beseitigungsausschuß eigne sich für Schlafwohnungen ebenfalls sehr gut. Es sei ein tadelloses Dach vorhanden und auch gutes Holz in dem Schuppen. Es werde sich nur um Erdgeschloßwohnungen handeln können. Herr Stadtd. D u g o lenkte die Aufmerksamkeit auf die Verbreiterung der Großenbäcker Straße, die sich vielleicht gelegentlich des Abbruchs der beiden Häuser mit ermöglichen lasse. Herr Bürgermeister Dr. S c h e i d e r bemerkt, daß sich diese Sache vielleicht mit Regeln lasse. Das Kollegium stimmte hierauf der Vorlage einstimmig zu.

7. Ausbau des ehemaligen Technikumsgebäudes zu Kleinwohnungen. Nach dem vom Stadtbauamt aufgestellten Kostenschätzungen sind im Hauptgebäude 8 und im Hinterhaus 4 Wohnungen einzurichten. Die Kosten für den Ausbau werden auf insgesamt 30 200 Mk. veranschlagt. Der Bauausschuß empfiehlt den hiesigen Kollegium, unmittelbar nach Beendigung des Krieges und nach Freierwerden des Technikumsgebäudes von Einquartierung die Räume umzubauen und jetzt schon alles Mögliche vorzunehmen, damit nach dem Kriege sofort mit den Arbeiten begonnen werden kann. Für die Kosten soll ein Berechnungsgeld von 35 000 Mk. bereitgestellt werden. Der Rat ist dem Beschlusse des Bauausschusses beizutreten. Herr Stadtd. K i c h t e r bittet, die Umbauten möglichst bald in die Wege zu leiten. Herr Stadtd. B e r g m a n n meint, der Beschluß solle dahin gefaßt werden, daß nicht erst nach dem Kriege, sondern sobald das Technikum von Einquartierung frei ist, mit dem Umbau begonnen werden soll. Herr Stadtd. B o r k t s o m m e r g a n n ist der Ansicht, daß es dann besser sei, wenn gefaßt werde, der Ausbau solle möglichst bald zur Ausführung kommen. Herr Bürgermeister Dr. S c h e i d e r bemerkt, auch der Rat würde es gern sehen, wenn man den Bau sofort ausführen könnte. Aber man habe erwogen, daß dann wieder 150 Mann Einquartierung in der Einwohnerschaft unterzubringen seien. Jedenfalls werde der Rat nichts dagegen einzuwenden haben, wenn über den Zeitpunkt der Ausführung eine andere Formulierung getroffen werde. Herr Stadtd. K e r e r fragt, ob schon hinsichtlich festgelegt worden sei, wieviel und was für Wohnungen jetzt und nach dem Kriege benötigt würden. Es werde immer nur von Kleinwohnungen gesprochen, aber es sei auch Rat an mittleren Wohnungen. Herr Bürgermeister Dr. S c h e i d e r erwiderte, daß bei der seinerzeit aufgenommenen Statistik nur eine mittlere Wohnung frei gewesen sei. Es sei auch zu ermitteln versucht worden, wieviel Wohnungen nach dem Kriege durch Wegzug von Deuten, die nur während des Krieges hier aufhältlich waren, wieder frei würden, und wieviel Wohnungen nach dem Kriege begehrt würden von Personen, die jetzt noch keine selbständige Wohnung haben, aber solche nach dem Kriege begründen wollten. Auf die letzte Frage hätten sich überraschend wenig gemeldet — etwa 30 bis 35 — und es sei anzunehmen, daß diese Statistik nicht stimmt. Sicherlich hätten nicht alle in Frage kommenden Personen Gelegenheit gehabt, ihre Wünsche zu äußern. Außer Kleinwohnungen werde nach dem Kriege natürlich auch ein größerer Bedarf an mittleren Wohnungen sein. Man sei sich auch bewußt, daß die heute getroffenen Maßnahmen bei weitem noch nicht ausreichen, um die Wohnungsnot zu beseitigen. Es werde hierzu weiterer Arbeit bedürfen. Redner verweist noch auf die in Aussicht genom-

mens Errichtung von Häusern auf dem hiesigen Areal an der Stadtkirche, wozu die Vorarbeiten bereits im Gange seien. Die Wohnungen dieser Häuser würden auch als Beamtenwohnungen zu verwenden sein. Herr Stadtd. D u g o äußert sich zustimmend zu den getroffenen Maßnahmen und den beabsichtigten Bauarbeiten. Ausreichen werde das Gelände nicht, um die in großem Maßstabe vorhandene Wohnungsnot zu beseitigen. Er verweist ferner auf die Unzulänglichkeiten, die sich durch die Abminderung von Wohnungen durch größere Unternehmungen ergeben haben und spricht sich dafür aus, daß die größeren Unternehmungen dafür sorgen sollten, Häuser für ihre Arbeiter und Angestellten selbst zu bauen und möchte sie in dieser Absicht durch die Behörden unterstützt wissen. Herr Bürgermeister Dr. S c h e i d e r betont, daß der Rat auch in dieser Hinsicht sich Mühe gegeben habe. Drei große Unternehmen seien der Frage übergetreten, selbst Häuser zu errichten. Die Baugenehmigungen seien erteilt worden, aber die Projekte seien zum Teil an dem zu hohen Baukosten, zum Teil an der Materialknappheit gescheitert. Ganz eingestrichelt seien die Erwägungen aber noch nicht. Der Rat habe die Firmen nach Möglichkeit in ihrem Vorhaben unterstützt. Wegen der Abminderung von Wohnungen durch größere Unternehmungen seien die erforderlichen Schritte zum Schutze der Mieter getan worden. Das Kollegium stimmte hierauf dem so bald als möglich vorzunehmenden Ausbau des ehemaligen Technikumsgebäudes zu Kleinwohnungen zu.

8. Zur Abhilfe des Besatzverkehres für den 5. Bezirk beschloß das Kollegium, dem Rat die bisherigen Verren wieder in Voranschlag zu bringen.

9. Verkauf des Schützenhauses. Herr Stadtd. B o r k t s o m m e r g a n n teilte mit, daß entsprechend einem in nichtöffentlicher Sitzung gefaßten Beschlusse das hiesige Schützenhaus einschließlich Inventar und eines dazugehörigen Grundstückes für 75 000 Mk. von der Stadt angekauft worden ist. Der Wert des Inventars wird auf 7000 Mk. geschätzt. 40 000 Mk. bleiben als Spottgeld zu 4 1/2 % bis Oktober 1924 unkündbar stehen.

10. Milchlieferungsangelegenheit. Zu dem in voriger Sitzung angenommenen Antrag Richter, betreffend Einführung des Milchlieferungszwanges für die Landwirte im Kommunalverband Großenhain, lag von der Rgl. Amtshauptmannschaft Großenhain der Bescheid vor, daß wegen erweiterter Versorgung der Stadt Rietsa mit Milch beim Stadtrat und den umliegenden Gemeinden Erhebungen zuweilen. Nach deren Abschluß würden weitere Mittelungen erfolgen.

11. Butterversorgung. Auf die in voriger Sitzung gestellte schriftliche Anfrage Dug o, betreffend die Aufgabe fast ungenießbarer Butter, erwiderte Herr Bürgermeister Dr. S c h e i d e r, daß in allen Fällen, die zur Beanstandung Anlaß gegeben, der Kommunalverband benachrichtigt worden sei. Die Ursache sei in dem langen Transport aus der Radeburger Gegend zu suchen. Die Butter komme in dem schlechten Zustande schon hier an. Beseitigt sei sie auch schon bei der Bearbeitung nicht sorgfältig behandelt worden. In dem Falle, auf den sich die Anfrage bezieht, sei die Butter umgetauscht worden. Unsere Milch- und Butterversorgung würde günstiger sein, wenn wir mehr frisches Milch angewiesen bekämen. Die Molkerei erhalte jetzt 2500 bis 2600 Liter gegen 10 000 Liter im Frieden. Es werde nun erwogen, daß uns die Butter nicht mehr aus dem entfernteren Radeburger Bezirk angewiesen wird, sondern daß eine Verchiebung eintritt und erledigt wird, daß die Butter nicht so lange auf dem Transport zu bringen muß. Redner betonte, daß alles verhindert werden würde, um eine bessere Versorgung zu erzielen, daß aber bei dem beständigen Wackeln der Milchlieferung sich nicht immer alle Wünsche betriebligen lösen würden. Herr Stadtd. D u g o wies darauf hin, daß doch verlangt werden könne, daß wenigstens das verarbeitete geringe Quantum Butter in genießbarem Zustande sei. Umgetauscht sei die Butter damals worden, aber das Publikum habe hierbei Ausbrüche andeuten müssen, die unterdrückt werden. Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.

—* Rörke-Abend. Wir machen auf die Einladung des Kultur-Adelsvereins im Angelstein vorl. Nummer zu einem Rörke-Abend aufmerksam, zu dem auch Gäste willkommen sind.

—* R. Aus Anlaß des Brandunglücks in Plauen i. V. hat S. M. der König an den dortigen Oberbürgermeister folgenden Telegramm gerichtet: „Aus Anlaß des tiefbedauerlichen Brandunglücks in der Kartusieranstalt der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft spreche ich der Stadtgemeinde Plauen mein aufrichtiges Mitgeföhle aus. Der der Explosion zum Opfer gefallenen Angehörigen der Belegschaft, die ihr Leben im Dienste des Vaterlandes dahingegeben oder sich schwere Verletzungen zugezogen haben, wird das Vaterland nicht weniger dankbar gedenken als unserer Kämpfer der Front. Ich beauftrage Sie, den schwerbetroffenen Familien mein innigstes Beileid zu übermitteln.“ — Außerdem wird der Hilfsadjutant Oberst Baron O'Byrn im Auftrage des Königs an der Beerdigung der Verunglückten teilnehmen. Für die Familien der Verunglückten hat S. M. der König eine Beihilfe von 5000 Mk. gewährt.

—* Sitzung der Handelskammer Dresden. Die Handelskammer Dresden hielt am 16. Juli eine Gesamtsitzung ab. Im Anschluß an den Vortrag des Geschäftsberichts des Sekretariats wurde beschlossen, beim Ministerium dahin vorstellig zu werden, daß an der sachlichen Gliederung der Arbeitskammern festgehalten wird. Die Rechnung der Kammerkasse, der Beamtenunterstützungskasse und der Handelskassenkasse auf das Jahr 1917 wurde genehmigt und dem Rechnungsführer Entlastung erteilt. Die Kammer nahm mit Dank eine Stiftung des Herrn Fabrikbesizers Gregor Ehliginsky im Betrage von 5000 Mk. an und erklärte sich grundsätzlich damit einverstanden, daß bei der Handelskammer Dresden eine Stiftung zur Unterhaltung von durch den Krieg in Not geratenen Kleinvertriebe und Handeltreibenden errichtet wird. Die Kammer (sollte ferner auf Eruchen des Justizministeriums 30 Handelsrichter und 15 stellv. Handelsrichter vor und beriet die weiteren über die Frage einer etwaigen Veränderung der sachlichen Ausführungsverordnung zu der Verordnung des Bundesrats über die Genehmigung von Erbschaftsmitteln. Es wurde hierzu beschlossen, gemeinsam mit den übrigen sächsischen Handelskammern die Anhebung von Sachverständigen aus Handel und Industrie bei den Entscheidungen über die Zulassung von Erbschaftsmitteln sowie eine Ermäßigung der hohen Veräußerungsgebühren zu beschließen.

—* Einschränkung überflüssigen Papierverbrauchs. Das Ministerium des Innern hat zur Abhilfe gegen den noch immer bestehenden empfindlichen Papiermangel u. a. angeordnet, daß die Herausgabe von Verwaltungs- und Geschäftsberichten, insbesondere von sogenannten Sammelberichten über 25 oder 50-jährige Tätigkeit von Städten, Kreisen, Sparkassen, Aktiengesellschaften und sonstigen Verbänden, die auch jetzt noch häufig in Tausenden von Druckstücken und auf besonders gutem Papier gedruckt werden, zu unterbleiben hat.

—* Beurteilung von Soldaten nach mehreren Dingen. Man schreibt uns: Die Soldaten wünschen vielfach, daß sie Urlaub nicht für einen, sondern mindestens für zwei Orte erhalten, da sie den Wunsch hegen, bei Heimaturlaub nicht bloß die Frau, sondern auch die Eltern auf Willfahrtsreisen mit möglichst hoher Bezahlung aufsuchen zu können, wenn sie an verschiedenen Orten leben. Nun wird aber der Urlaub in der Regel nur für einen Heimatort erteilt. Auf die Ein-

gabe des Reichstagsabgeordneten Felix Dargatz gab nun der Chef des Heeresministeriums aus dem Großen Hauptquartier folgende Antwort: „Die frühere Bewilligung des Urlaubsverkehrs ergab eine höchstweise Ueberfüllung der heimatischen Bäder des öffentlichen Verkehrs, insbesondere der D-Bäder, wodurch die Entwicklung des öffentlichen und des Privatverkehrs in nachteiliger Weise beeinflusst wurde und sich Schädigungen des Wirtschaftslbens einstellten. Deshalb mußte der Urlaubsverkehr ab ersten Juni 1918 durch die Einführung der Urlaubstransporttage neu geregelt werden, wobei naturgemäß große Schwierigkeiten zu überwinden waren. Die jetzige Handhabung des Urlaubsverkehrs beginnt sich gut einzustellen; an ihrer Verbesserung wird gearbeitet. Hierzu gehört als eine der für den Verkehr schwierigsten Punkte die (auch von hieraus für durchaus erstrebenswert gehaltene) Beurlaubung nach mehreren Heimatorten.“

—* Kleingärtnerarbeiten in der nächsten Zeit. Neben bei trockenem Wetter und diesem Haden ist fortzusetzen. Unkraut, Krankheiten und Schädlings sind vor Ueberhandnehmen zu bekämpfen. Abgelegte Beete sind ordentlich umzugraben, mit frischem Kompost oder Jauche (nicht frischem Stallmist), ist nachzubringen; Erbsenstroh kann seines Düngevermögens wegen gleich mit untergegraben werden. Für Gemüse, die Jauchebildung nicht vertragen oder dort, wo die Kohlflöhe (Schwämme) auftreten, ist eine Kopfbildung mit Kunstdünger vorzunehmen, bestehend aus vier Teilen schwefelsaurem Ammoniak, drei Teilen Superphosphat und drei Teilen 40-prozentigem Kalium, wo diese Düngemittel noch zur Verfügung stehen. Abgeräumte Beete werden besparrt mit Kohlraben, Frühkohlrabi, Winterkohl und Kopfkohl; solche in bestem Düngungsstadium auch mit Lauch, Sellerie und Rosenkohl. Bei starkem Sommerbrand kann man kleine Mengen Pflanzen durch übergestülpte Baumendöpfe schützen. Zur Aussaat kommen, höchstens noch Anfang des Monats, frühe Sorten von Erbsen, und Bohnen, wo noch Saatgut vorhanden ist. Gegen Ende des Monats kommen wieder Spinaat, Herbstsalat, frühe Karotten, Sellerie, auch Kerbel, Winterrettiche und Radies, letztere vorzugsweise an schattigen Stellen, an die Reife. Tomaten sind anzubinden, und die blütenlosen Triebe zu entfernen, bei trockenem Wetter auch kräftig zu wässern. Bei Gurken und Kürbissen werden Ranken ohne Fruchtansatz entfernt, die mit zahlreichem Anlaß versehenen Ranken entfernt und die Ranken an den Mattenflächen hier und da mit Erde bedeckt, damit sie Wurzeln schlagen und zur Ernährung der Pflanzen beitragen. Gurken, Kürbisse und Tomaten erweisen sich auch für ältere Dunggasse sehr dankbar. Khabarber wird kräftig gebüht, sobald die Ernte der Stengel beendet ist. In die Ernte der Frühkartoffeln wird diesmal im Juli kaum zu denken sein. Man hält sich vorzeitig zurück, oft kann der Ertrag nahezu verdoppelt werden, wenn man die Ernte 14 Tage aufschübt. Ein untrügliches Zeichen, daß die Ernte beginnen kann, ist das Werdens des Krautes, bei anbauend feuchtem Wetter wohl auch das Werdens des Krautes. Wenn die Frühkartoffeln nicht mehlig sind, so kann man ein Nachernten erreichen, indem man sie in trockenem Sande einlegt, einige Tage der Sonne aussetzt.

—* Kreis. Am Sonntagabend 9 Uhr erkrankte beim soßen Kreisler Busch, wo sie ein Bad in der Elbe nehmen wollte, die 21-jährige Hedwig Schulz von hier. Der Leichnam ist noch nicht gefunden.

—* Ronnem. Der Windmühlensbesitzer Sch. ist wegen unbehaglichen Verhältnisses von Borräten an Getreide zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

—* Reichen. Die Weinberge von Reichen und Umgebung zeigen dieses Jahr einen besonders starken Befall, so daß eine ausgesprochene Weinente zu erwarten ist.

—* Dresden. St. Engelens General der Infanterie Ober von der Manik ist in Genehmigung seines Abschiedsgelübes unter Befehlung à la suite des Schützenregiments Nr. 108 und unter Verteilung des Großkreuzes des Verdienstordens mit Schwertern zur Disposition gestellt worden.

—* Rittau. Bei einer polizeilichen Prüfung der in Rittau aus der Umgebung eingeführten Butter wurden 381 Stückchen mit einem Mindergewicht von je 5 bis 25 Gramm festgestellt. Die Beteiligten sehen ihrer Betragung entgegen. Das ist, rechnet man das Mindergewicht im Durchschnitt zu 15 Gramm, bei 381 Stückchen Butter ein Gesamtmindergewicht von über 5700 Gramm oder reichlich 11 Pfund.

—* Döbeln. Ein ernsthafter Auffehen ereignet hier die Verabstaltung der drei Brüder Behl aus dem Ortsteil Hüttengrund. Diese waren in der Nacht zum Sonntag im Grundstück des Herrn Wsch eingebrochen, hatten dort zwei Hegen, eine Wans und einige Hüner gestohlen und abgeschlachtet. Ferner haben sie im Garten des Stadtrats Oberbach viele Zwiebeln und Kohlrabi gestohlen. Ein von der Polizei angelegter Vollzettel führte auf die Spur der Einbrecher. Der älteste der Brüder Behl ist Sergeant und im Besitz des Eisernen Kreuzes 1. und 2. Klasse. Auch der amtlteste Bruder ist Inhaber des Eis. Kr. 2. Kl. und der Friedrich-August-Medaille.

—* Freiberg. Eine außerordentliche Hauptversammlung der sozialdemokratischen Parteiorganisation für den 9. sächsischen Reichstagswahlkreis (Freiberg) hat beschlossen, an den Unabhängigen überzugehen.

—* Reichenbach. Die hiesige Schweinemastanstalt ist außer Betrieb gesetzt worden. Der hiesige Geflügelzüchterverein wird in dieser Anlage eine Brutanstalt zur Förderung der Geflügelzucht und eine Seidentanzschneckenanstalt zur Vermehrung von Textilrohstoffen errichten.

—* Leipzig. Die Handelskammer Leipzig hat ihren ersten Eingabe an das Reichswirtschaftsamt, in der sie sich gegen die geplante Regelung der Uebergangswirtschaft für das Textilgebiet ausgesprochen, jetzt eine weitere Eingabe folgen lassen, in der sie für den Fall, daß es doch zu Errichtung einer Reichsstelle für Textilwirtschaft kommen sollte, beantragt, den Sitz derselben nach Sachfen, und zwar nach Leipzig zu verlegen. Sie erklärt, daß eine Notwendigkeit, sämtliche Reichsstellen in Berlin zu errichten, nicht vorliege, die Zusammenfassung aller Wirtschaftsinstitutionen in Berlin vermehrt schon heute erhebliche Nachteile im Gefolge habe. Dagegen sei Leipzig als Ort für eine derartige Textilwirtschaftsstelle im besonderen Maße geeignet. Es sei die größte Stadt Sachfens, in der Handel und Textilindustrie in besonderem Maße vertreten seien. 46 Prozent aller textilindustriellen Hauptbetriebe Deutschlands entfielen im Jahre 1907 auf Sachfen, und zwar abgabte Sachfen damals 82 327 Betriebe. In einzelnen Zweigen der Textilindustrie sei dieser Prozentsatz noch ein weit höherer, so seien z. B. 68 Prozent aller Strickereien und Wirkereien, 58 Prozent aller Sticker- und Spigelfabriken, 54 Prozent aller Textilveredelungsanstalten und 80 Prozent aller Wollwäschereien in Sachfen zu Hause.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Bundesratsitzung. In der am 23. Juli unter dem Vorsitz des Stellvertreters des Reichstanzlers Wierl. Geb. Nats von Wayer abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesrates wurde der Entwurf von Ausführungsbestimmungen zum Umfahrgesetz angenommen. Rohstoffbedarf des Handwerks in der Uebergangszeit. Wegen der Ermittlung des voranschreitenden Rohstoffbedarfs des Handwerks in der Uebergangszeit haben vor einiger Zeit im Reichswirtschaftsamt vorbereitende Besprechungen mit den beteiligten amtlichen Stellen statt-